Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 15. Juni 1928
Freitag Abend

Chefredakteur. Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Ritterstraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 893'—8949. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ“ erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt * Das neue Buch
Kraft und Stoff * Weltverkehr
Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang
15. 6. a Nr. 276 10 Pfennig

Zum Tage

* Das dänische Königspaar befindet sich auf einer Reise durch Nordschleswig.

*

* Staatssekretär Hoover ist von dem Republikanischen Parteikongreß in Kansas zum Präsidentschaftskandidaten nominiert worden.

*

Der amerikanische Botschafter in Paris, Herrick, hat die vom „Echo de Paris“ verbreitete Nachricht, daß er seinen Abschied zu nehmen gedenke, dementieren lassen.

*

In Wien ist das Paß-Zusatzabkommen zum österreichisch-ungarischen Handelsvertrag unterzeichnet worden.

* Ausführliches siehe unten.

Auf dem toten Punkt

Der tote Punkt in den Regierungsverhandlungen, der seit Freitag abend auf Grund der Versteifung in der Preußenfrage zu verzeichnen ist, hat noch nicht überwunden werden können.

Gewiß sind nach wie vor Strömungen bei den preußischen Koalitionspartnern der Sozialdemokratie vorhanden, die auf eine Anerkennung des volksparteilichen Anspruchs abzielen, und die gelegentlich demonstrativ verbreiteten Drohungen, man könne notfalls eine Weimarer Koalition auch im Reiche aufziehen, werden nirgendwo ernst genommen. Aber der Entschluß zur entscheidenden Einwirkung auf Preußen fehlt.

Obendrein hat Ministerpräsident Braun wissen lassen, daß er aus persönlichen Gründen unbedingt in Urlaub gehen müsse und schon deshalb keine Regierungsverhandlungen führen könne. Man muß fragen, warum dann nicht wenigstens der Vermittlungsvorschlag, der Volkspartei einen festen Termin für den Beginn der Preußen-Verhandlungen anzubieten, in Betracht gezogen wurde.

Im Reichstag beriet am Vormittag nur die Zentrumsfraktion. Die meisten übrigen Fraktionen treten nachmittag zusammen, auch die Volkspartei, für deren Sitzung man mit der Teilnahme Stresemanns rechnet.

Am Vormittag haben persönliche Besprechungen unter den volksparteilichen Führern stattgefunden, die der Vorbereitung dieser Beratungen dienten. Auch Müller-Franken hat sich auf Unterhaltungen mit einzelnen Persönlichkeiten beschränkt.

Das neue Reichstagspräsidium bei Hindenburg

Das neugewählte Präsidium des Reichstags, die Abg. Löbe, Graef-Thüringen, Esser und v. Kardorff statteten am Freitagvormittag dem Reichspräsidenten einen Besuch ab.

Präsident Löbe berichtete dem Reichspräsidenten über die gestrigen Wahlen und stellte das Präsidium in seiner neuen Form vor. Der Reichspräsident gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der bisherige Reichstagspräsident auch weiter die Leitung des Reichstags innehabe, begrüßte die anderen Herren und sprach seine guten Wünsche für den Fortgang der Arbeiten des Reichstags aus.

Stahlhelm und Abgeordnete

Die Bundesgeschäftsstelle des Stahlhelms hat an den deutsch-volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Kulenkampff einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Die Bundesführung des Stahlhelms denkt selbstverständlich nicht daran, die Kameraden Abgeordneten in der freien Ausübung ihres Mandates entsprechend dem Artikel 21 der Reichsverfassung zu behindern.“

Dieser Brief ist die bundesoffiziöse Interpretation einer Pressenotiz, die von einzelnen Zeitungen als der Versuch einer „Stahlhelm-Diktatur“ gegen die Abgeordneten aufgefaßt worden war.

Die chinesische Nationalregierung hißt ihre Flagge in Berlin

Neue Phase der deutsch-chinesischen Beziehungen

Der chinesische Geschäftsträger in Berlin, Dr. Chiang Chao-yüeh, ist von der Nationalregierung in Nanking telegraphisch angewiesen worden, auf dem Gebäude der Gesandtschaft die Nationalflagge, eine rote Fahne mit blauer Gösch und in der Mitte eine weiße Kugel, umgeben von weißen Sternen, zu hissen. Mit diesem Schritt ergreift die Nationalregierung offiziell Besitz von der deutschen Gesandtschaft in Berlin und leitet damit eine neue Phase der deutsch-chinesischen Beziehungen ein, die sich, wie wir mit Sicherheit erwarten, zu Nutz und Frommen beider Völker entwickeln wird.

*

Der hiesige chinesische Geschäftsträger, Dr. Chiang, der vor dem Kriege seine Studien in Deutschland vollendet hat und lange Jahre am Orientalischen Seminar tätig war, trat im Jahre 1922 als Legationssekretär in die Berliner chinesische Gesandtschaft ein. Auf Grund seiner völligen Beherrschung der deutschen Sprache konnte er seinem Lande wertvolle Dienste leisten. Nachdem Dr. Chiang im Jahre 1926 zum Geschäftsträger ernannt wurde, bildete sich das gastliche Heim des chinesischen Gesandtschaftspalais zu einem Mittelpunkt in Deutschland aus, an dem sich seine chinesischen Landsleute und die deutschen Freunde Chinas zu eifriger Arbeit, aber auch zu frohen Festen vereinigten. Dr. Chiang hat es namentlich während der schweren Zeit des revolutionären Kampfes in China vortrefflich verstanden, mit großer Objektivität vermittelnd unter seinen in Deutschland anwesenden Landsleuten zu wirken und mit Unterstützung seiner liebenswürdigen Gattin China eine große Zahl deutscher Freunde zu werben.

Wir sind sicher, daß auch unter der neuen Flagge das Haus am Kurfürstendamm der Ausgangspunkt für die Förderung deutsch-chinesischer Beziehungen bleiben wird.

*

Tokio, 15. 6.

Die chinesische Gesandtschaft teilte dem Minister des Auswärtigen mit, daß sie von nun an auf ihrem Gebäude die südchinesische Flagge hissen werde. Der Minister erhob dagegen keine Einwendung, bemerkte aber, daß dies keinesfalls die Anerkennung der südchinesischen Regierung durch Japan bedeute.

Das Tientsin-Arsenal in die Luft geflogen

sx. London, 15. 6. (Eigenbericht)

Aus Tientsin wird gemeldet, daß das in der Nähe der Eisenbahnstation gelegene Arsenal in die Luft geflogen ist. Die Explosion soll jedoch leicht gewesen sein, da das Arsenal so gut wie leer war. Auch die übrigen englischen und japanischen Meldungen über die Greuel der gestrigen Nacht in der Eingeborenenstadt von Tientsin scheinen sich als stark übertrieben herauszustellen. „Daily Mail“ kommentiert diese Tendenznachrichten in einem Leitartikel, in dem sie fordert, daß die von Chamberlain angeschlagene Versöhnungspolitik China gegenüber nicht weiter verfolgt wird, sondern daß die Ausländer auf ihrem Recht bestehen und die Ausländerkonzessionen weiter unter militärischen Schutz gestellt werden, statt mit den Chinesen über die Aufgabe der Konzessionsgebiete zu verhandeln. Die englische Regierung verhandelt, wie gemeldet, schon seit zwei Jahren über die Aufgabe der Konzessionsgebiete von Tientsin.

Die nationalistische Regierung in Nanking hat angeordnet, daß das Generaldirektorat der chinesischen Postverwaltung seiner Funktionen als Zentralbehörde der Post entkleidet wird. Die Postverwaltung soll nach dem Süden verlegt werden, wahrscheinlich, um die Einnahmen der Post mehr unter die Kontrolle der Nankingregierung zu bringen. Als neuer Sitz für die Postverwaltung wird Schanghai genannt. Eine ähnliche Einrichtung wird für die Zollverwaltung geplant.

*

„Daily Mail“ berichtet aus Tientsin: Nach einem Telegramm aus Mukden hat Chang Tso-lin folgende Botschaft an seine Offiziere erlassen: Meine Wunde ist nicht so ernst wie angenommen wurde, und mein Befinden bessert sich. Niemand sollte die Meldungen über meinen Tod beachten. Ich fordere euch auf, eure Pflicht zu erfüllen. Bekümmert euch nicht um die Nachrichten über meinen Gesundheitszustand.

Der neue italienische Gesandte in Belgrad

fr. Mailand, 15. 6. (Eigenbericht)

Der neue italienische Gesandte für Belgrad, Galli, tritt am kommenden Montag sein Amt an. Bis dahin bleibt General Bodrero noch auf dem Belgrader Posten. Nach den italienischen Presseberichten zu schließen, scheint eine rechtzeitige Erledigung der Nettuno-Verträge fraglich zu sein. Denn es verlautet, daß der Außenminister Marinkowitsch erst nach seiner Rückkehr von der Konferenz der Kleinen Entente die Verträge zur Abstimmung vorlegen wird.

Dem Besuch des rumänischen Außenministers Titulescu mit Gattin, Privatsekretär und Leibarzt in Belgrad soll von jugoslawischer Seite große Bedeutung beigemessen werden. Zu seinem Empfang war auch der tschechische Gesandte am Bahnhof erschienen. Der König hat ihm zu Ehren ein Galaessen gegeben. Die Fragen, die zur Erörterung stehen, sollen Ungarn, den Anschluß und Wirtschaftsfragen betreffen. Im Hintergrunde stehen aber natürlich immer das Verhältnis Jugoslawiens zu Italien und die großen Anleihen in England und Amerika, Fragen, die ihrer Lösung noch immer harren.

Die Schweiz liefert an Frankreich aus

d. Basel, 15. 6. (Eigenbericht)

Das schweizerische Bundesgericht in Lausanne hat in seiner heute vormittag abgehaltenen Sitzung über den Fall Pavan beschlossen, daß der italienische Antifascist Pavan, der des Mordes an dem Fascisten Savorelli beschuldigt wird und der nach Verübung der Tat nach der Schweiz flüchtete, an die französischen Behörden zur Aburteilung ausgeliefert wird. Die Einwände Pavans und seines Verteidigers, daß es sich hier um ein politisches Vergehen handele, für das das Asylrecht in Anwendung kommt, wurden von dem Gericht nicht gutgeheißen. Es erkannte vielmehr, daß es sich hier um ein gemeines Delikt handele.

Auflösung des Landtages in Liechtenstein

d. Basel, 15. 6. (Eigenbericht)

Die von der Bürgerpartei im Fürstentum Liechtenstein eingeleitete Initiative wegen der Unterschlagungen bei der Spar- und Leihkasse in Vaduz die Auflösung des Landtags zu verlangen, hat die notwendige Stimmenzahl auf sich vereinigt, so daß die Auflösung nicht mehr zu umgehen ist.

Staatssekretär Hoover Präsidentschaftskandidat

837 Stimmen von 1089 Delegierten

tl. New York, 15. 6. (Eigenbericht)

Der republikanische Parteikonvent in Kansas City schritt gestern in später Abendstunde zur Wahl des offiziellen Präsidentschaftskandidaten. Wie vorausgesagt, wurde Handelsstaatssekretär Hoover mit überwältigender Mehrheit nominiert. Von den versammelten 1089 Delegierten gaben 837 ihre Stimme für ihn ab. Die restliche Stimmenzahl verteilte sich auf die Gegenkandidaten, während fünf Delegierte Wahlenthaltung geübt hatten. Auf Präsident Coolidge entfielen 17 Stimmen, was jedoch lediglich als eine formale Höflichkeitsgeste gegenüber dem Staatsoberhaupt angesehen werden kann.

Der Erfolg Hoovers ist zweifellos dadurch so überraschend groß, daß zahlreiche unentwegte Anhänger Coolidges, die bis zur letzten Minute noch auf eine zustim-

Hoover

mende Aeußerung des Präsidenten zur Annahme einer Kandidatur gehofft hatten, in das Lager der Anhänger des Handelsstaatssekretärs abmarschierten, als von dem Privatsekretär Coolidges aus Washington der telephonische Bescheid einging, daß der Präsident den Wunsch ausgesprochen habe, seine Freunde möchten nicht für ihn stimmen, da er unter keinen Umständen einer Nominierung Folge leisten würde. Diese bestimmte Erklärung gab den Ausschlag. Sofort nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses stellten die Hooverleute den Antrag, die Nominierung ihres Kandidaten durch Zuruf als einstimmig erfolgt zu erklären. Die Versammlung nahm diesen Vorschlag ohne Widerspruch an. Hoover wurde sofort von seinem Siege telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Er wird in den nächsten Tagen sein Amt im Kabinett niederlegen und sich auf seine Besitzung in Kalifornien zurückziehen, um sich für den kommenden Wahlkampf vorzubereiten. Im Lager Hoovers verschließt man sich keineswegs der Tatsache, daß Gouverneur Smith, an dessen Nominierung auf dem in der nächsten Woche in Houston (Texas) stattfindenden demokratischen Nationalkonvent nicht zu zweifeln ist, als ein sehr beachtlicher Gegner des Handelsstaatssekretärs für die im Herbst erfolgende Präsidentenwahl angesehen werden muß. Gouverneur Smith soll sich über seine Aussichten, als Sieger aus dem Kampf hervorzugehen, sehr zuversichtlich ausgesprochen und dabei erklärt haben, daß es nicht schwer fallen sollte, Hoover zu schlagen.

Das vom Senator Smoot im Konvent zur Annahme vorgeschlagene Parteiprogramm wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

kbg. Wien, 15. 6. (Eigenbericht)

In der Wiener Hofburg hat die Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins, die drei Tage dauern wird, begonnen.

Staat und Kirche in England

Das neue Gebetbuch zum zweiten Male abgelehnt

sx. London, 15. 6. (Eigenbericht)

Das Unterhaus hat gestern abend kurz vor Mitternacht das neue Gebetbuch mit 266 gegen 220 Stimmen abgelehnt. Die Majorität gegen das Gebetbuch ist also seit der letzten Abstimmung von 33 auf 46 Stimmen gestiegen. Eine große Zahl von Abgeordneten hat sich noch im letzten Augenblick gegen das Gesetz entschieden, und zwar anscheinend besonders infolge einer unerwarteten Rede Churchills.

Churchill trat für das Gesetz ein, begründete dies aber damit, daß die Mehrzahl der Unterhausabgeordneten in religiösen Dingen nicht qualifiziert sei, eine Meinung zu äußern. Diese Behauptung Churchills stieß auf lebhaften Widerspruch im Hause. Churchill behauptete, im Unterhaus säßen Anhänger von 50 verschiedenen Glaubensbekenntnissen und eine Menge Leute, die überhaupt keinen Glauben hätten.

Die Lage, in die die Kirche nunmehr gekommen ist, gilt als schwierig. Die Kirche hat innerhalb von sechs Monaten sich zum zweiten Male eine Abfuhr vom Parlament geholt und wird gezwungen sein, die Folgen hieraus zu ziehen. Diese Folgen können nur in einer Lockerung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche bestehen, wenn auch eine völlige Entstaatlichung weder im Interesse der Kirche noch im Interesse des Staates liegt. Die beiden Erzbischöfe haben heute morgen einen Aufruf an die Gemeinden erlassen, in dem sie um Ruhe und Geduld bitten, da die erforderlichen neuen Schritte nur nach reiflicher Ueberlegung unternommen werden könnten. Es wird damit gerechnet, daß die Kirche versuchen wird, zunächst das ihr nach dem Kriege zugesicherte Selbstverfassungsrecht auszubauen, um so den Einfluß des Parlaments in Fragen der Doktrin auszuschalten.

Französische Taktlosigkeit

Internationale Parlamentarische Handelskonferenz im Versailler Spiegelsaal

Die diesjährige Internationale Parlamentarische Handelskonferenz, die am 19. Juni in Paris stattfinden sollte, ist von der französischen Regierung nach Versailles verlegt worden, und zwar ausgerechnet in den Spiegelsaal des Schlosses, in dem das Friedensdiktat unterzeichnet wurde. Es ist infolgedessen fraglich geworden, ob die deutschen Parlamentarier, die in den Vorjahren an den Handelskonferenzen in London und in Rio de Janeiro teilnahmen, diesmal der Einladung Folge leisten können.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat bereits durch ihren Vorsitzenden, den Grafen Westarp, auf die Anfrage, ob sie wieder durch einen Abgeordneten an der Konferenz teilzunehmen gedenke, folgendes Antwortschreiben an den Reichstagspräsidenten Löbe gerichtet: „Da die 14. Internationale Parlamentarische Handelskonferenz nicht in Paris, wie im Vorjahre vereinbart, sondern in Versailles zusammentritt, sehe ich mich in Rücksicht auf den Tagungsort nicht in der Lage, an ein Mitglied der Deutschnationalen Reichstagsfraktion das Ersuchen um die Vertretung der Fraktion in der Reichstagsdelegation zu richten. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion muß deswegen zu meinem Bedauern diesmal in der Delegation unvertreten bleiben. gez. Graf Westarp.“

Für die Deutschnationalen nahm in den Vorjahren der Abgeordnete Dr. Lejeune-Jung, für die Volkspartei der Abgeordnete v. Raumer, für das Zentrum der Abgeordnete Brüning, für die Demokraten der Abgeordnete Meyer-Berlin und für die Sozialdemokraten der Abgeordnete Dr. Hilferding an den Konferenzen teil.

Englands Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Von
Ober.-Reg.-Rat Dr. Klinghardt

Die finanzielle Bedeutung, welche die Arbeitslosenunterstützung und vielleicht noch mehr die Frage der Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten in den letzten Jahren in Deutschland angenommen hat, legt es nahe, einen vergleichenden Blick auf die entsprechenden englischen Maßnahmen zu werfen. England ist mit seinem „National Insurance Act“ vom 16. Dezember 1911 und den von Lloyd George als Munitionsminister veranlaßten Ergänzungsgesetzen allen übrigen Ländern mit der Arbeitslosenversicherung vorangegangen. Es hat deshalb auch auf dem Gebiete der unterstützenden Fürsorge auf die Gestaltung der späteren kontinentalen Gesetzgebungen einen wesentlichen Einfluß ausgeübt. Andererseits ist die produktive oder wertschaffende Erwerbslosenfürsorge mit dem Ziel der Behebung des Arbeitsmangels in den einzelnen Ländern ganz verschiedene Wege gegangen.

Das System der produktiven Erwerbslosenfürsorge ist in England im Jahre 1920 zum Teil nach deutschem Vorbild in Angriff genommen worden. Während aber die deutschen Bestimmungen Notstandsarbeiten nur in dem Umfange zulassen, als Ersparnisse bei den Versicherungsleistungen eintreten, hat England die produktive Arbeitslosenfürsorge vollkommen von der Versicherung losgelöst; seine Maßnahmen gehen von der Erwägung aus, in erster Linie durch Förderung des normalen Ganges von Kommunalwirtschaft, Handel und Industrie die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die Gesetze zur Erleichterung des Handels (Trade Facilities Acts) der Jahre 1921/1926 ermächtigen das Schatzamt, staatlichen Selbstverwaltungskörpern, Gemeinden und Privatbetrieben die Aufnahme von Anleihen für produktive Zwecke durch Uebernahme der Staatsgarantie für die Verzinsung und Amortisation zu erleichtern. Die Garantien in einem Höchstbetrag von 75 Millionen £ wurden bis zum März d. J. restlos aufgebraucht und haben durch die Verbilligung der Kreditbeschaffung außerordentlich belebend auf den Geschäftsverkehr eingewirkt. Man ist bei ihrer Vergebung sehr großzügig und wirtschaftlich zweckmäßig verfahren, indem man sich nicht nur auf die im Mutterland ansässigen Verbände und Firmen beschränkte, sondern vielfach in den Kolonien und sogar im Ausland ansässige Firmen begünstigte, wenn sie sich nur verpflichteten, die für ihre Arbeiten benötigten Materialien und Maschinen aus dem Mutterlande zu beziehen. Gleichzeitig mit diesen Garantiezusagen gestatten die erwähnten Gesetze dem Handelsministerium, Exportbürgschaften bis zu einem Höchstbetrage von 26 Millionen £ zu bewilligen. Es sollte damit dem englischen Exporteur die Möglichkeit gegeben werden, die ausländische Konkurrenz durch Gewährung längerer Zahlungsfristen wirksam zu bekämpfen. Man ist jedoch hier bei der Vorprüfung der Garantien so vorsichtig gewesen, z. B. blieben Exporte nach Rußland völlig ausgeschlossen, daß nur ein Teil des ausgeworfenen Betrages verwendet werden konnte und der beabsichtigte Nutzeffekt nicht völlig eintrat. Dafür sind allerdings nennenswerte Verluste für den Staat bislang nicht vorgekommen.

Außer diesen Garantiezusagen zur Förderung von Handel und Industrie hat die englische Regierung bereits im Jahre 1920 den sogenannten Ausschuß für Arbeitslosigkeits-Zuschüsse ins Leben gerufen, dem es obliegt, Anträge von öffentlichen Verbänden und gemeinnützigen Gesellschaften auf Gewährung von Darlehn und Zuschüsse für Notstandsarbeiten nachzuprüfen. Je nachdem die Arbeiten die

---

Raumfahrt einst und jetzt

Vortrag im Berliner Planetarium

„Raumfahrt einst und jetzt“ lautete das sehr aktuelle Thema, über welches im Planetarium sein vor kurzem gewählter neuer Leiter, Robert Henseling, vor einer allerdings nicht übermäßig zahlreichen Zuhörerschaft sprach. Mit den unmittelbaren Aufgaben des Planetariums haben solche Vorträge, in denen die Apparatur dieses Weltwunders zur Hervorzauberung der Geschehnisse am Himmel nicht benutzt wird, nichts zu tun. Aber Henseling hat sie in das Betätigungsfeld des Planetariums mit aufgenommen, um dieses zu einem noch allgemeineren Volksbildungsmittel auszugestalten, als es seiner unmittelbaren Natur entspricht.

In fesselnder Weise entwarf Henseling ein Bild von den Träumen und Phantasien, in denen die Menschen zu allen Zeiten sich von der Erde zum Himmel erhoben und auch ferne Weltkörper besuchten, die sie als mit den phantastischsten Gestalten belebt schilderten. Schon im Gilgamesch-Epos der alten Babylonier wird der Held im Traum emporgetragen, so daß ihm der Ozean als kleiner Tümpel erscheint, bis er aus der Höhe wieder herabstürzt. Aehnliche Erzählungen finden wir bei allen Völkern, von den primitiven bis zu den auf höchster Kulturstufe stehenden. Eine Reihe solcher Erzählungen von den Indianern, von den Chinesen, aus dem Mittelalter schilderte der Vortragende. In ihnen allen kommt das Gefühl einer Wesenseinheit von Himmel und Erde zum Ausdruck. Auch nach einer Erweiterung des Weltbildes, die an Kopernikus anknüpfte, zur Zeit Galiläis und Kepplers finden wir zahlreiche Phantasien — es sei nur an Kepplers berühmten „Traum vom Monde“ erinnert und an Kants Versuch, durch rationelle Schlüsse zu [illegible]

Im 19. Jahrhundert empfingen diese Versuche einen kräftigen Anstoß [illegible]

wickelten Lebewesen, als wir Menschen es sind, bevölkert. Einen mächtigen Anstoß erhielten diese Phantasien durch die Entdeckung der sogenannten Marskanäle, deren Rätsel auch heute noch nicht als völlig geklärt gelten kann.

Wesentlich anders sind aber die Raumfahrtideen unserer Tage. Hier handelt es sich um die technische Möglichkeit, sich von der Erde loszulösen, in den weiten Weltenraum vorzudringen, zu anderen Weltkörpern zu gelangen und dann wieder zur Erde zurückzukehren. Sehr laienhaft ist der oft gemachte Einwand, daß die Erde doch wieder alles an sich ziehen müsse. Mit der notwendigen Geschwindigkeit — allerdings muß sie 11 bis 12 Kilometer in der Sekunde betragen — läßt sich die Erdenschwere überwinden. Ebenso falsch ist es, zu sagen, solche Geschwindigkeiten lassen sich nicht erzeugen und auch von Menschen nicht aushalten. Mit viel gewaltigerer Geschwindigkeit fliegen wir ja samt der Erde im Weltenraum dahin, ohne überhaupt etwas davon unmittelbar gewahr zu werden, und wenn die Geschwindigkeit nur ganz allmählich gesteigert wird, wie es nach dem Raketenprinzip möglich ist, so könnten wir sehr wohl die notwendigen Geschwindigkeiten erzeugen.

Freilich ist die technische Durchführbarkeit bisher nur erst im Prinzip gesichert, die praktische Wirklichkeit steht noch in so weitem Felde, daß man auch heute noch die Raumfahrt als Utopie bezeichnen muß. Denn ein Raketenraumschiff müßte so gewaltige Mengen von Betriebsstoffen zur Erzeugung der notwendigen Kraft mit sich führen, daß daran jeder Versuch, in den Weltenraum einzudringen, scheitern muß. Erst wenn Aussicht besteht, die ungeheuren in den Molekülen und Atomen der Körper aufgespeicherten Energiemengen in regelrechtem Verfahren freizumachen, könnte die Raumfahrt wirklich [illegible]

Dr. Bruno Borchardt

Wie alt ist Leipzig?

Von
Alwin Hässlich

Ist Leipzig tausend Jahre alt? Diese jetzt wieder akut gewordene Frage hat ein Leipziger Blatt vor zwei Jahren mit dem Satze beantwortet: der Rat sagt Nein. Der Leipziger Rat hat zwar vor acht Jahren einen Film herausbringen lassen, der unter dem Titel „Das tausendjährige Leipzig“ immer noch gezeigt wird, aber neuerdings ist man anderer Meinung. Nun rüstet sich Meißen für 1929 zu einer Jahrtausendfeier, und andere Städte des sächsisch-thüringischen Grenzgebietes werden folgen. Andere haben schon die Erinnerung an die Wiederaufnahme der deutschen Siedlungstätigkeit auf dem zeitweise an die Slawen verloren gegangenen deutschen Boden östlich der Saale durch ähnliche Feiern gefestigt. Nun fehlt allerdings für die Entstehung Leipzigs ein genaues historisches Datum. Aber wenn man Meißen als Außenposten nach Osten vorschob, so mußte dessen rückwärtige Verbindung nach Merseburg an dem Elsterübergang da gesichert sein, wo heute Leipzig liegt. An der befestigten Brücke entstand dann eine Siedlung. Die rein aktenmäßige Tatsache, daß der Chronist der Merseburger Bistumsannalen den Namen Leipzig zum erstenmal sehr viel später nennt, hat im Kriege der Verein für Geschichte Leipzigs 1915 zu einer ganz internen „Neunjahrhundertfeier“ benutzt, von der man in der Oeffentlichkeit kaum etwas verspürt hat.

Auf diese Feier verweist nun aber neuerdings der Leipziger Rat wieder. Denn im Anschluß an die Tausendjahrfeier der Wiederaufnahme der deutschen Siedlung auf sächsischem Boden wird demnächst in Leipzig ein umfangreiches Werk unter dem Titel: [illegible]

spruch nehmen könnte. So aber hält man mit dem offiziellen Segen zurück und macht geltend, daß man, wenn man eben erst neunhundert Jahre gefeiert habe, die Rathausuhr doch nicht jetzt vorstellen könne, so wie damals bei der Einführung der Sommerszeit, als sie angesichts einer unabsehbaren Volksmenge um Mitternacht auf 1 Uhr vorgerückt wurde. Da aber die Leipziger Rathausuhr mit dem Spruche geziert ist „Mors certa, hora incerta“, hat man schon öfters geltend gemacht, daß man es mit ihr nicht gar so genau nehmen dürfe. Aber anscheinend geht über solche Differenz die Möglichkeit verloren, die Feste auch in Leipzig zu feiern, wie sie fallen, und man wird von einem tausendjährigen Leipzig nur außerhalb der Stadt Kenntnis erhalten.

*

In einer anderen Frage liegt das Rathaus mit dem Leipziger Meßamt in Fehde. Das Meßamt plant den Bau eines Meßhotels, für 1000 Betten, zur Unterbringung besonders der Großeinkäufer aus England und Nordamerika, die erfahrungsgemäß meist erst im letzten Augenblick unangemeldet zur Messe erscheinen und dann keine Unterkunft in den Hotels mehr finden. Von ihnen hängen aber die größten Bestellungen auf der Messe ab. Ein Meßhotel hätte aber den großen Nachteil, daß es außer der Meßzeit, also etwa 11 Monate leer stehen würde. Außerhalb der Meßzeit sind nämlich schon die bestehenden Leipziger Hotels ziemlich schwach besetzt, und deshalb wehren sich die Leipziger Hotelbesitzer gegen diesen Plan.

Nun will man das Meßhotel am liebsten als Hochhaus in der Nähe des Bahnhofes und am Rande der Altstadt errichten. Die einzig vorhandenen freien Flächen bietet nun aber der Promenadenring um die Stadt. Und nun [illegible]

vor dem Schlußtermin zu Papier gebracht haben. Daß diese Praxis aber sozusagen zur Weltordnung gehört, wird einem erst klar, wenn man im späteren Leben erfährt, daß die Lehrer die deutschen Aufsätze auch erst in der letzten Nacht vor dem äußersten Termin zu korrigieren pflegen.

So wird es also wohl dabei bleiben, daß man sich in Leipzig entschließen muß für diese Großeinkäufer der Messe eine besondere Unterkunft zu schaffen. Vielleicht bietet ein stählernes Kugelhaus nach Art des auf der gegenwärtigen Dresdener Jahresschau gezeigten eine Lösung für Leipzig. Mit den acht Säulen, die es tragen, beansprucht es nur eine minimale Bodenfläche von 10 × 10 qm, auf der sogar zwischen den Pfeilern die behördlichen Grashalme wogen könnten. Freilich müßte ein solches Kugelhaus in den Anlagen am Bahnhof eine Einzelerscheinung bleiben, denn mehrere davon würden dem Platz das Aussehen eines Lufthafens mit startbereiten Freiballons geben.

*

Auch sonst hat man in Leipzig seine Sorgen: Im Sinne einer Nationalisierung der Sehenswürdigkeiten der Stadt hat man daran gedacht, in der Leipziger Thomaskirche ein Zentrum für die Verehrung Bachs zu schaffen, das dann die Thomaskirche, die Stätte seines Wirkens, sein Denkmal und sein Grab umfassen würde. Nun ist aber Bach auf dem alten Johannisfriedhof begraben worden und bei dessen Auflassung ist seine Leiche 1895 in der nahen Johanniskirche zum zweiten Male beigesetzt worden. Die Thomasgemeinde hat nunmehr bei der Johannisgemeinde angefragt, ob sie ihr nicht die Leiche Bachs überlassen wolle. Aber die Johannisgemeinde hat schroff und lieblos geantwortet, daran sei unter keinen Umständen [illegible]

einem aufgeschlagenen Buch. Wo mag diese seltsame Flagge geblieben sein? Sie gehörte doch eigentlich als Schaustück in das Stadtgeschichtliche Museum, die Geburtsstätte des revolutionären Gedankens vom tausendjährigen Leipzig. Dort würde sie ein sinniges Gegenstück zu Palmströms Taschentuch sein, von dem es bei Christian Morgenstern so hübsch heißt:

Palmström steht an einem Teiche
und entfaltet groß ein rotes Taschentuch:
Auf dem Tuch ist eine Eiche,
dargestellt so wie ein Mensch mit einem Buch.

Eine „Freie Vereinigung Deutscher Bühnen“ gegründet. Nach längeren Vorbereitungen ist am gestrigen Tage in Berlin eine „Freie Vereinigung Deutscher Bühnen“ gegründet worden, als deren Zweck in den Satzungen die Wahrung der ideellen und wirtschaftlichen Interessen unabhängiger deutscher Bühnenleiter niedergelegt ist. Der neue Verein will sich nicht in einen Gegensatz zu dem „Deutschen Bühnenverein“ stellen, sondern neben ihm eine notwendige, den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechende Ergänzung für die unabhängigen, also weder durch Rücksicht auf Zwangskonventionen, noch auf staatliche oder städtische Subventionen eingeengten Bühnen bilden. Die neue Vereinigung will, gestützt auf die Unabhängigkeit ihrer Mitglieder, Maßnahmen einerseits gegen drückende Steuerbelastung und behördliche Hemmungen, andererseits gegen die aus veralteter Zwangskartellierung erwachsene Monopolgefahr im deutschen Theaterwesen ergreifen. Ihr Ziel ist Freiheit der deutschen Bühnen in künstlerischer und materieller Beziehung, vor allem auch Frei- [illegible]